

Inhalt

Vorwort	V
Anlass, Fragestellungen und Ergebnisse des Rechtsgutachtens	1
Die rechtliche Würdigung der Fragen im Einzelnen	3
Teil 1 Gebührenrecht (Durner)	3
<i>I. Zur Entstehungsgeschichte der maßgeblichen Normen</i>	3
1. Die rechtspolitischen Ziele im Hinblick auf die sog. Kanalnetzübertragung	3
2. Der regelungstechnische Ansatz des Referentenentwurfs und dessen Scheitern ..	4
3. Weichenstellung zur Abwälzungsgebühr im Gesetzgebungsverfahren	5
4. Zwischenergebnis	6
<i>II. Zulässigkeit der Gebührenerhebung nach § 7 Abs. 1 KAG</i>	6
1. Kein Erfordernis des Weiterbestehens einer gemeindlichen Einrichtung	7
2. Unmittelbare Nutzung einer Verbandsanlage oder mittelbare Vorteils- verschaffung	8
a) Vorliegen einer unmittelbaren Nutzung einer Verbandsanlage	8
b) Systemgerechtigkeit und Widerspruchsfreiheit der gesetzgeberischen Regelung	9
3. Die Rolle des § 54 Satz 2 Nr. 8 LWG NRW	11
4. Verfassungsrechtliche Vorgaben zu Gebührenerhebung und Rechtsschutz	12
a) Grundsätze des Gebührenrechts	12
b) Effektivität des Rechtsschutzes	13
<i>III. Gesamtergebnis zu Teil 1</i>	14
Teil 2 Vergaberecht (Durner)	15
<i>I. Problemaufriss und Entwicklung des Vergaberechts</i>	15
<i>II. Das erledigte Vertragsverletzungsverfahren in Sachen Kanalnetz Stadt Hamm</i>	17
<i>III. Die neuen Maßstäbe des Richtlinienpakets zur EU-Vergaberechtsmodernisierung</i> ..	17
<i>IV. Anwendungsbereich des Vergaberechts</i>	19
1. Kein Eingreifen der speziellen Bereichsausnahmen für den Wasserbereich	19
2. Bereichsausnahme für Organisationsakte gem. Art. 1 Abs. 6 der Vergabe- richtlinie?	20
a) Unmittelbar anwendbare Richtlinienausnahme für Organisationsakte	20
b) Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Remondis	21
c) Anwendung dieser Maßstäbe auf die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht	22
3. Vorliegen eines Auftrags im Sinne von § 103 Abs. 1 GWB	24
a) Die Übertragung nach § 52 Abs. 2 LWG NRW als Verwaltungsakt oder Vertrag?	25
b) Der funktionale Vertragsbegriff des unionalen Vergaberechts	26
c) Dienstleistung als Gegenstand des Vertrags?	27
4. Zwischenergebnis	28

V.	<i>Der Ausnahmetatbestand des § 108 Abs. 6 GWB</i>	29
1.	Vertrag über eine Zusammenarbeit öffentlicher Auftraggeber (§ 108 Abs. 6 Nr. 1 GWB)	29
a)	Öffentliche Auftraggeber als Vertragspartner	29
b)	Vorliegen eines Vertrags	32
c)	Zusammenarbeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele	32
2.	Ausschließliche Maßgeblichkeit des öffentlichen Interesses (§ 108 Abs. 6 Nr. 2 GWB)	33
a)	Ziele und Zwecke der Aufgabenübertragung	33
b)	Fehlen jeglicher Gewinnerzielungsabsicht	34
c)	Vorliegen einer echten Gemeinwohlaufgabe	34
d)	Zulässigkeit der Ausgestaltung der Abwasserversorgung als Hoheitsaufgabe	36
3.	Die 20 Prozent-Schwelle (§ 108 Abs. 6 Nr. 3 GWB)	37
4.	Zwischenergebnis	39
VI.	<i>Der Ausnahmetatbestand des § 116 Abs. 1 Nr. 6 GWB</i>	39
VII.	<i>Gesamtergebnis zu Teil 2</i>	40
Teil 3	Umsatzsteuerrecht (Hüttemann)	41
I.	<i>Problemaufriss und Gang der Untersuchung</i>	41
II.	<i>Auswirkungen einer Aufgabenübertragung auf einen sondergesetzlichen Wasserverband in Hinsicht auf die umsatzsteuerrechtlichen Leistungsverhältnisse</i>	42
1.	Fragestellung	42
2.	Leistungsaustausch im Verhältnis zwischen Wasserverband und Mitgliedsgemeinde	43
a)	Leistung des Wasserverbandes gegenüber der Mitgliedsgemeinde	43
b)	Verbandsbeitrag als Entgelt	44
3.	Leistungsaustausch im Verhältnis zwischen Mitgliedsgemeinde und Nutzungsberechtigten	46
a)	Leistung der Mitgliedsgemeinde	46
b)	Entgelt	46
III.	<i>Unternehmereigenschaft der Mitgliedsgemeinde und des Wasserverbandes</i>	47
1.	Fragestellung und Überblick über die rechtlichen Grundlagen	47
2.	Unternehmereigenschaft der Mitgliedsgemeinde	49
a)	Beurteilung nach körperschaftsteuerrechtlichen Grundsätzen (§ 2 Abs. 3 UStG)	49
b)	Beurteilung bei richtlinienkonformer Auslegung des § 2 Abs. 3 UStG	51
c)	Beurteilung nach § 2b UStG	53
3.	Unternehmereigenschaft des Wasserverbandes	54
a)	Beurteilung nach körperschaftsteuerrechtlichen Maßstäben (§ 2 Abs. 3 UStG)	54
b)	Beurteilung auf der Grundlage einer richtlinienkonformen Auslegung	54
c)	Beurteilung nach § 2b UStG	56
IV.	<i>Unmittelbare Berufung eines Wasserverbandes auf die unionsrechtliche Steuerbefreiung nach Art. 132 Abs. 1 Buchst. f) MwStSystRL</i>	58
V.	<i>Gesamtergebnis zu Teil 3</i>	59
	Anhang: Zentrale Normen	61